

Leitfragen für das 6. Forum „Verantwortung statt Gier“

Was ist für uns Gewerkschaften zu tun – kurzfristig und langfristig?

- Welche Vorschläge haben wir für die internationale Regulierung der Finanzmärkte?
- Welchen Beitrag können wir zur politisch-moralischen Aufarbeitung der Krise leisten?
- Welche Formen der Wirtschaftsdemokratie und politischen Demokratie können wir im 21. Jahrhundert zur humanen Steuerung weltweiter kapitalistischer Marktprozesse vorschlagen?
- Kann direkte Mitarbeiterbeteiligung bei der Krisenbewältigung und -prävention helfen?

1. Was ist für uns Gewerkschaften kurzfristig zu tun?

Peter Wahl:

Kurzfristig gilt es, die Bankenrettungspakete - soweit sie denn unumgänglich sind - und die Konjunkturpakete so zu gestalten, dass sie Kriterien sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Mitgestaltung und Transparenz genügen und damit dazu beizutragen, die Weichen für eine Umgestaltung des Finanzsystems und die Ersetzung des neoliberalen Typus von Wirtschaften durch einen solidarischen, ökologischen und demokratischen Typus zu stellen.

Konkret heißt das u. a.:

- dass systemrelevante Banken unter öffentliche Kontrolle gestellt werden und deren Geschäftspolitik so umgestellt wird, dass sie statt im Kasino-Kapitalismus mitzuspielen wieder für die Finanzierung der Realwirtschaft - und zwar einer ökologisch zukunftsfähigen - da sind;
- Konjunkturprogramme in erster Linie für die Sicherung der Beschäftigten und für Investitionen in soziale und ökologisch zukunftsfähige Infrastruktur eingesetzt werden. Das heißt Priorität für Investitionen in Bildung, Gesundheit, Pflege, Alterssicherung sowie die Energiewende und zukunftsfähige Mobilitätskonzepte, wie Ausbau des ÖPNV der Bahn u. ä.;
- dass diejenigen, die jahrelang vom Kasino-Kapitalismus profitiert haben, zur Kasse gebeten werden, um die Krisenfolgen zu tragen, beispielsweise durch eine außerordentliche Vermögensabgaben und Steuern auf alle Kapitaltransaktionen;
- die Arbeit der SOFFIN transparent gemacht wird und Gewerkschaften, soziale Bewegungen und andere relevante Kräfte der Zivilgesellschaft in das Krisenmanagement einbezogen werden.
- Ein Prozent der Konjunkturpakete muss für nicht rückzahlbare Transfers und ohne Konditionen an Entwicklungsländer gehen, um die Armen dort vor den Krisenfolgen zu schützen.

Alexander Demirovic:

Die Gewerkschaften können der Öffentlichkeit Vorschläge unterbreiten und für Maßnahmen eintreten, die auch auf kurze Frist wirkungsvoll wären, aber deswegen doch nicht ohne weiteres durchgesetzt werden können. Dies hängt von der politischen Konstellation ab. Vieles wird in den nächsten Monaten davon bestimmt werden, welches Verständnis der Krise sich durchsetzt. Von der Seite der Neoliberalen wird die Finanzkrise als Ergebnis von zu viel Staatsintervention erklärt: in den USA seien, um die Konjunktur anzukurbeln, die Zinsen gesenkt und der Hausbau ebenso wie der Benzinverbrauch steuerlich begünstigt worden. In der Krise schließlich würden die schwachen und nicht mehr wettbewerbsfähigen Banken gerettet. Von einem Teil der Linken wird auf die zu niedrigen Löhne während der vergangenen Jahre, die daraus sich ergebende niedrigere Nachfrage, als Folge davon die zurückgehenden Investitionen hingewiesen. Die Krise kann, drittens, auch als eine tiefe Krise der kapitalistischen Produktionsweise verstanden werden, der es nicht gelingt, den gewaltigen weltweiten Reichtum, der sich in den Händen eines winzigen Teils der Menschheit befindet, noch produktiv zu verwerten und zu nutzen. Die Krise sei nicht nur Ergebnis fehlerhafter staatlicher Zinspolitik, nicht nur Ergebnis der Deregulierung – die Krise ist in mehrfacher Hinsicht komplex: durch die Risikostreuung der Finanzprodukte erreicht die Krise gleichzeitig viele Gesellschaften, die Realwirtschaft geht in vielen Ländern zurück, es kommt überall zu umfassender Arbeitslosigkeit, zu Migration. Darüber hinaus ist die Konjunktur- und wirtschaftliche Strukturkrise verschränkt mit weiteren Krisen: Krise der fossilen Energie, Krise des Klimas, Krise der Ernährung. Entscheidend für die kurz- und langfristige Politik wird also sein, welche Art von Kriseninterpretation sich durchsetzt und ob es gelingt, die Zusammenhänge zu thematisieren und eigene Alternativen in die Öffentlichkeit zu bringen.

Die staatlich ergriffenen Maßnahmen zielen auf die Rettung der Banken und auf konjunkturstützende Maßnahmen. Damit werden aber auch viele der in der Spekulation erworbenen Titel geschützt und das Personal gestützt, das an der Erzeugung der Krise wesentlich beteiligt war. Dies bedeutet, dass das starke Übergewicht der Finanzwirtschaft gegenüber der Realwirtschaft nicht in relevantem Maße abgebaut, sondern Zinserwartungen weiter bedient werden wollen. Wesentliche Maßnahmen müssen darauf zielen, die Freisetzung von Geldkapital

UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

zu verhindern und dieses in realwirtschaftliche Kreisläufe zurückzuholen. Dies beinhaltet, dass von der Seite der Gewerkschaften dafür argumentiert werden sollte, dass Renditeerwartungen über dem Mittel insgesamt schädlich und zerstörerisch sind, insofern sie zu den Ungleichgewichten in der Struktur der Wirtschaft beitragen. Auch die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft muss von den Gewerkschaften kritisch hinterfragt werden. Denn daraus resultiert Druck auf Löhne und soziale Standards, ein Rückgang der Binnennachfrage sowie ein Export von Arbeitslosigkeit in andere Länder. Die verstärkte Wettbewerbsorientierung der deutschen Wirtschaft verschärft die Ungleichgewichte in Europa selbst. Da der Binnenbedarf aber selbst zu einem guten Teil nur auf Ersatznachfrage beruht, bedeutet dies, dass zukünftig auf alle Fälle mit niedrigem Wachstum gerechnet und eine Lösung für das seit langem diskutierte Problem der Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung gefunden werden muss. Dies bedeutet, dass die Frage der Arbeitszeit und des Zeitwohlstands gesellschaftlich neu verhandelt werden muss. Die Gewerkschaften müssen sich für eine neue Verteilung des Arbeitsvolumens auf die gesamte Lebenszeit der Individuen einsetzen – eine Verteilung, die den realen Entwicklungen und nicht den Unternehmensinteressen Rechnung trägt.

Gefordert werden kann eine stärkere steuerliche Progression mit höheren Spitzensteuersätzen. Insbesondere Vermögende sollten verstärkt besteuert werden. Das Gleiche gilt für Erbschaften. Die Börsenumsätze müssen ebenso wie die Veräußerungsgewinne wieder besteuert werden. Umgekehrt wäre es sinnvoll, die Mehrwertsteuer zu senken. Außerdem sollten die kleinen und mittleren Sparguthaben von der Abgeltungssteuer (vormals Quellsteuer) befreit werden.

Diejenigen, die in der Finanzmarktindustrie arbeiten, müssen direkt haftend an ihren Transaktionen beteiligt werden. Diese Personen übernehmen praktisch kein Risiko, obwohl sie über enorme Anteile des gesellschaftlichen Vermögens disponieren und mit ihren Entscheidungen die Zukunft vieler Generationen festlegen. Manager dürfen nicht mehr mit Aktienoptionen entgolten werden, weil dies mit den mittelfristigen Interessen des Unternehmens nicht vereinbar ist.

Eine der wesentlichen Krisenursachen ist das enorme Geldkapital, das auf der Suche nach Anlagesphären ist. Durch die kapitalgedeckte, private Altersvorsorge werden institutionelle Anleger und ihre Macht gestärkt. Es muss deswegen von vorrangigem Interesse der Gewerkschaften sein, sich für eine Rückkehr zur vollständigen Umlagefinanzierung der Renten einzusetzen. Aktuell schließt dies ein, dass die Gewerkschaften sich für die RentnerInnen einsetzen, denen Gefahr droht, dass sie als Folge des negativen Wirtschaftswachstums Rentenkürzungen und eine Verschlechterung ihrer Lebenssituation erfahren müssen. Allenfalls könnten hohe Renten und Pensionen höher besteuert werden.

In dieselbe Richtung geht, dass die Gewerkschaften sich für das Prinzip der Universalversicherung für alle Bürgerinnen und Bürgern hinsichtlich der verschiedenen Risiken wie Krankheit, Pflege, Berufsunfähigkeit einsetzen müssen. Das Prinzip der privaten Absicherung und Vorsorge muss hinsichtlich der Arbeitnehmerrisiken abgeschafft werden.

Gewerkschaften können sich für den gesellschaftlichen Bedarf an Investitionen und Innovationen einsetzen. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten waren Investitionen und Innovationen rückläufig. Kapitaleigner konnten hohe Gewinne aus Spekulationen realisieren. Der finanzmarktdominierte Kapitalismus ist nicht an langfristigen Investitionen und Innovationen interessiert und zerstört in der Tendenz die produktive Basis der Gesellschaft. Die Aufgabe, sich für den gesellschaftlichen Produktions- und Dienstleistungsapparat einzusetzen, ist an die Gewerkschaften und bestimmte Teile der sozialen Bewegungen übergegangen. Investitionen in neue Formen der Mobilität, des Transports und der Logistik, in neue Formen des hochtechnologischen Recycling, der Energieerzeugung, der Gebäudesanierung, des Rückbaus von Städten und der Naturalisierung von Landschaften bindet langfristig Kapital, trägt zu Innovationen und der Entwicklung neuartigen Wissens bei und fördert nachhaltige Entwicklung. Insbesondere gilt dies für neue Formen der Energieerzeugung wie Solarenergie, die eine hohe Effizienz aufweist, dezentral möglich und nicht mehr auf die großen Netze angewiesen ist. Auf

UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

diese Weise könnten Arbeitsplätze geschaffen und neue Technologien entwickelt werden. Dies stößt allerdings immer noch an strukturkonservative Industrialisierungsmuster.

Hinsichtlich der langfristigen Bindung von Geldkapital durch kurzfristig mögliche Maßnahmen kommt der Bildung und beruflichen Weiterbildung eine erhebliche Bedeutung zu. Arbeitslosigkeit gilt in vielen der fortgeschrittenen Industriegesellschaften immer noch als eine der Hauptursachen für Armut. Sie wird nicht als Zeitwohlstand organisiert, der es erlaubt, sich für eine Weile von der Arbeit zu erholen oder sich fortzubilden. Arbeitslosigkeit ist aber nicht nur Ergebnis der aktuellen Krise, vielmehr haben sich – wie in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder festgestellt wurde – aufgrund der technologischen Rationalisierung und durch den globalisierten Arbeitsmarkt wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung voneinander entkoppelt. Dafür dürfen nicht schicksalhaft die Einzelnen verantwortlich gemacht werden, indem sie der Sozialdemagogie und den Schikanen der Hartz-Regelungen unterworfen werden. Die Gewerkschaften müssen eine neue Praxis der inklusiven Solidarität entwickeln. Dies schließt ein die Forderung nach hohen Mindestlöhnen, eine Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und die Erhöhung der Sätze für ALG II. Im Weiteren sollten die Gewerkschaften auf eine Reform der Sozialgesetzgebung hinwirken, die den Namen der Reform verdienen. Die Gesetze, die im Rahmen der Agenda 2010 verabschiedet wurden, sollten geprüft und weitgehend zurückgenommen werden.

Gewerkschaften sollten sich für eine Rücknahme von Privatisierungen einsetzen, so dass der Bereich des Öffentlichen ausgedehnt wird. Sie sollten für die Erhaltung oder Neueinrichtung von öffentlichen Unternehmen, Genossenschaften oder Mitarbeitergesellschaften eintreten. Solche Unternehmen können einen öffentlichen Auftrag wahrnehmen. Dieser öffentliche Auftrag erlaubt es ihnen, mit geringeren Renditen auszukommen. Beispielsweise könnten Krankenhäuser oder Pflegeheime als Genossenschaften betrieben werden. Dies würde es ermöglichen, dass die zu erwirtschaftende Rendite deutlich niedriger liegen kann als in einem gewinnorientiert geführten Unternehmen. Hinzu kommt, dass in solchen Unternehmensformen die Autonomie- und Demokratieansprüche der Arbeitnehmer eher eingelöst werden können. Es gäbe keine Eigentumsrechte, die verhinderten, dass alle stake holder sich an der Leitung beteiligen könnten: Ärzteschaft, Pflegepersonal, Klienten. Notwendig wäre, die Mitarbeiter- und Konsumentenbeteiligung in solchen Unternehmen zu stärken, um den negativen Erfahrungen mit Geldverschwendung, Korruption oder Bürokratismus Rechnung zu tragen.

Gewerkschaften könnten darauf hinwirken, dass die Deutsche Bundesbank und die Europäische Zentralbank nicht allein auf Geldwertstabilität, sondern auch auf soziale und ökologische Gesichtspunkte verpflichtet werden. Solche Kriterien sollten für Investitionen und Kredite bei öffentlich kontrollierten Banken gelten. Öffentliche Banken sollten eingerichtet werden, die dem Kreditbedarf von genossenschaftlichen Unternehmen entsprechen können.

Marktanalysten und Ratingagenturen schaffen ein Wissen über die globale Ökonomie, über Unternehmen, Märkte, Steuersysteme, Staaten und ihre Politiken und bewerten sie. Dieses Wissen ist nicht öffentlich kontrolliert. Auch an den Hochschulen in den Wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen wird kaum noch Wissen jenseits des neoliberalen Mainstreams entwickelt, alle anderen Fachgebiete werden der Mentalität des Neoliberalismus durch neue hochschulische Leitungsinstrumente untergeordnet. Hier hätten die Gewerkschaften die Aufgabe, Partei für kritisches Wissen zu ergreifen:

- 1) sich für öffentlich eingerichtete und kontrollierte Ratingagenturen und Analysen einzusetzen und Druck auszuüben,
- 2) für eine Besetzung öffentlicher Beratungs- und Wissenschaftsgremien auch mit Gegenexperten einzusetzen;
- 3) sich mit anderen gesellschaftlichen Kräften dafür stark zu machen, dass an den Hochschulen wieder ein gesellschaftlich orientiertes Fachwissen ausgebildet werden kann. Dies bedeutet, Professuren für ein breites Spektrum ökonomischer Theorien und Gegenstände zu haben, nicht nur Hayek, sondern auch Keynes und Marx. Zu den würdigen Gegenständen des Unterrichts müssten alle Formen des Wirtschaftens gehören, die eine Alternative zur kapitalistischen Ökonomie darstellen und soziale und ökologische Gesichtspunkte beinhalten.

UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

Diese Gesichtspunkte dürften nicht in spezialisierte Disziplinen ausgelagert werden, sondern müssten in der Ökonomie, in den Technikwissenschaften, in den Rechtswissenschaften selbst zur Geltung kommen. Gerade in diesen Fächern ist eine technokratische, oftmals undemokratische und gewerkschaftsfeindliche Haltung weit verbreitet. Damit müsste durch eine entsprechende Ausbildung gebrochen werden.

Peter Donath:

Die IG Metall fordert neue Verkehrsregeln für die Finanzmärkte und eine Stärkung der Finanzmarktaufsicht. Eine Ursache des Versagens der Finanzmärkte und der Banken liegt in der Abkehr von der direkten Haftungsübernahme der Akteure. Dies wurde durch politische Entscheidungen erst möglich gemacht. Banken und andere Finanzmarktakteure sind seither unvertretbare Risiken eingegangen. Um solche Spekulation in Zukunft zu vermeiden, sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Kreditrisiken dürfen von den Banken nicht mehr zu 100 Prozent an Dritte weitergegeben werden. Künftig müssen sie für mindestens 30 Prozent des Risikos selbst haften.
- Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanzen werden verboten.
- Alle Finanzgeschäfte müssen eine höhere Eigenkapitalunterlegung nachweisen. Banken müssen ihre Kredite an Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds mit 40 Prozent Eigenkapital unterlegen.
- Ratingagenturen müssen künftig eine staatliche Zulassung erhalten und unterliegen der öffentlichen Kontrolle. Eine öffentliche europäische Ratingagentur wird aufgebaut.
- Hedge-Fonds sind weltweit zu kontrollieren und in Europa unter strenge Regeln zu stellen (Onshoring).
- Besonders risikoreiche, schädliche Geschäfte, wie Leerverkäufe, werden verboten.
- Es werden ein Finanzmarkt-TÜV und öffentliche Handelsplattformen eingeführt. Finanzmarktprodukte müssen standardisiert, geprüft und zugelassen werden, bevor sie in Umlauf kommen.
- Für eine bessere Bankenaufsicht in Deutschland ist eine engere institutionelle Verzahnung von BaFin und Bundesbank nötig. Für die Eurozone ist eine Europäische Finanzmarktaufsichtsbehörde zu schaffen, um die Stabilität des Finanzsektors zu überwachen. Ein europäisches System der Finanzaufsicht muss eigenständige Kompetenzen auf europäischer Ebene erhalten, unabhängig sein und an die politischen Stellen berichten. Eine globale Finanzaufsicht ist beim Internationalen Währungsfonds (IWF) anzusiedeln.

Investition vor Spekulation

Die IG Metall fordert eine europäische Finanztransaktionssteuer auf Wertpapier- und Devisenkäufe. Umfang und Geschwindigkeit des Wertpapierhandels haben mit gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen nichts mehr zu tun. Im Jahr 2007 war das Volumen der Finanztransaktionen 74-mal so hoch wie das nominelle Welt-BIP. Eine Finanztransaktionssteuer verteuert den Kauf von Wertpapieren und macht dadurch Spekulationen und Kurzfristorientierung unattraktiv. Sie sollte möglichst EU-weit, kann aber auch national eingeführt werden. Die Höhe einer solchen Steuer sollte mindestens auf einen Steuersatz von ein Prozent bemessen werden. Er kann so differenziert werden, dass Preis- und Kurssicherungsgeschäfte der Realwirtschaft nicht beeinträchtigt werden. Das enorme Handelsvolumen im Wertpapierhandel führt zu einer hohen Steuerbasis und damit hohen Steuereinnahmen. Dadurch tragen die Krisenverursacher zur Finanzierung der Krisenkosten bei.

Die IG Metall schlägt vor, die Unternehmensbesteuerung für die nächsten drei Jahre so zu ändern, dass in das Unternehmen reinvestierte Gewinne gegenüber ausgeschütteten Gewinnen steuerlich deutlich privilegiert werden.

Austrocknung von Gewinnverlagerungs- und Steueroasen

Unregulierte Steueroasen und Offshore - Finanzzentren müssen im Rahmen einer neuen internationalen Initiative in die Regulierung einbezogen oder international geächtet und unwirksam gemacht werden. Weltweit gelten rund 40 Staaten als Steueroasen, darunter auch Länder in Europa. Mit deren Hilfe werden in Deutschland erhebliche Steuerbeträge hinterzogen. Länder, die

UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

nicht sämtliche Empfehlungen und Auskunftspflichten der OECD erfüllen und nicht kooperativ in Steuerfragen sind, sollen künftig bestraft werden. Die IG Metall begrüßt den Referentenentwurf des Bundesfinanzministeriums zum Kampf gegen Steuerhinterziehung. Dieser sieht unter anderem vor, dass Zahlungen an solche Staaten nicht mehr als Betriebsausgaben anerkannt und Steuerprivilegien für Einnahmen aus nicht kooperationswilligen Staaten abgeschafft werden. Die Vorschläge sollten schnellstens und ohne Abstriche umgesetzt werden. Die EU-Kommission soll die EU-Zinsrichtlinie so reformieren, dass alle Kapitaleinkünfte innerhalb der EU, auch von juristischen Personen, einbezogen werden.

Direkte Mitarbeiterbeteiligung als Instrument zur Krisenbewältigung?

Die IG Metall war in der Vergangenheit skeptisch gegenüber einer direkten Beteiligung der Beschäftigten am Unternehmen. Diese kritische Haltung hat gute Gründe. Eine Beteiligung am Unternehmen, in dem man auch arbeitet, potenziert das Risiko. Ist das Unternehmen gefährdet oder gar pleite, besteht die Gefahr neben dem Arbeitsplatz auch meine Anteile am Unternehmen zu verlieren.

In dieser Krise wird nun differenzierter argumentiert. Leisten die Beschäftigten Beiträge zur Sicherung oder Rettung von Unternehmen, die dann auch noch substanziell sind, waren diese in der Vergangenheit anschließend „verloren“ und wurden allenfalls durch eine sicherere Beschäftigung „verzinst“.

Hier fordert die IG Metall heute, dass solche Beiträge in Unternehmensbeteiligungen umgewandelt werden oder allenfalls ein Darlehn bilden sollen. Strategisch kann eine Beteiligung dann den Einfluss der Beschäftigten auf die Geschäftspolitik erweitern.

So kann dann, in Verbindung mit den gesetzlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten, eine mittelfristige Orientierung auf „vernünftige“ Unternehmensziele, ohne überhöhte Renditeerwartungen, angestrebt werden.

Die Realisierung dieses Ansatzes steckt noch in den Anfängen. Sie ist beispielsweise bei Opel eine Option und sie ist bei Schaeffler im Grundsatz verabredet.

Frithjof Bergmann:

Ich weiß, das ist nicht die Antwort die sie erwarten: Trotzdem: Die sich verbreitende Kurzarbeit verwandeln – dahin, dass sie zu einem Ausstieg statt einem Abstieg wird. Das können die Gewerkschaften unterstützen.

2. Was ist für uns Gewerkschaften langfristig zu tun?

Peter Wahl:

Dem Kasino-Kapitalismus ein Ende setzen, d.h. die Dominanz der Finanzmarktlogik und der spekulativen Geschäftsmodelle zu beenden. Stattdessen brauchen wir ein zukunftsfähiges Wirtschaftsmodell, in dem Menschen vor Profiten kommen.

Das heißt konkret:

- Schrumpfung, demokratische Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte; Etablierung eines starken öffentlichen Bankensektors, Ausbau des genossenschaftlichen Sektors. Verbot von riskanten Derivaten und spekulativen Fonds (Heuschrecken). Schließung der Steueroasen.
- Schluss mit der Privatisierung der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge. Bürgerbahn statt Börsenbahn. Öffentliche Kontrolle über die Energiewirtschaft.
- Umverteilung von oben nach unten durch Erhöhung der Primäreinkommen (Löhne Gehälter), Stärkung der Nachfrageseite, deutliche Verstärkung der Steuerprogression. Mindestlöhne über der Armutsgrenze. Armutsfeste und Sozialtransfers ohne menschenunwürdige Schikanen. Verbot aller Formen prekärer Beschäftigung. Arbeitszeitverkürzung.
- Bürgerversicherung und Modernisierung des Gesundheitssystems incl. demokratischer Kontrolle über die Pharmaindustrie. Modernisierung des Bildungssystems vom Kindergarten bis zu Unis und Erwachsenenbildung.
- Soziales Europa statt einer EU des Großen Geldes.

Alexander Demirovic:

Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass die liberalen Demokratien seit einigen Jahren wieder einmal eine Phase der Schwächung durchlaufen: Korruption, Rechtspopulismus, Stärkung der Exekutive, autoritäre Entscheidungsmuster, verbreitetes politisches Desinteresse in der Bevölkerung, Mitgliederverluste bei den Parteien, einseitige Begünstigung von Unternehmensinteressen, Schwächung parlamentarischer Entscheidungsverfahren. Die Unternehmen, vor allem die der Finanzindustrie, konnten in den vergangenen Jahrzehnten ihre Macht enorm ausbauen. Unter Gesichtspunkten des Standortwettbewerbs wird die Demokratie in vielen Hinsichten als Wettbewerbsnachteil gedeutet: Entscheidungen werden angeblich zerredet, Wahlen gelten als zu teuer und hielten vom kompetenten Regieren ab. Gleichheit wird als nicht wünschenswert betrachtet, die Freiheit wird zum Privileg weniger. Die Sphäre der öffentlichen Information und Diskussion wird eingeschränkt. Für Arbeitnehmer und ihre Rechte sowie ihre Mitspracherechte ist dies fatal. Deswegen geht es zuallererst darum, die Gewerkschaften in überzeugender Weise als demokratische Organisationen in der Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen, die für Demokratie eintreten. Dies bedeutet, dass sie Allgemeinwohlsprüche formulieren müssen. Die Frage, was Wohlfahrt, was Gerechtigkeit, was Freiheit, was gutes Leben ist, darf nicht den Liberalen und den Märkten überlassen bleiben.

Die vorhandenen Institutionen der Mitbestimmung, also Betriebsräte und Aufsichtsratsmitbestimmung, wurden ebenfalls geschwächt. Doch selbst, wo sie intakt sind, konnten und können sie ihre Aufsichtsfunktion nicht ausreichend wahrnehmen und Fehlentscheidungen nicht verhindern. Den Beteiligten fehlten die rechtlichen Kompetenzen und das Wissen. Entsprechend müssen die Kompetenzen der Betriebsräte und Aufsichtsräte gestärkt werden: Auslagerung, Verkäufe oder Käufe von Unternehmen oder Unternehmensteilen, Investitionen und Kreditaufnahmen müssen mitbestimmungspflichtig werden. Unternehmen gleich welcher Rechtsform sollten ab 500 MitarbeiterInnen der Mitbestimmung unterworfen werden. Es muss eine gesetzliche Regelung mitbestimmungspflichtiger Fragen geben. Der Aufsichtsrat muss gegenüber der Aktionärsversammlung gestärkt werden und das Letztentscheidungsrecht erhalten.

Die Gremien der Mitbestimmung sollten geöffnet werden für die weitere Vertretung gesellschaftlicher Interessen: die Bundesagentur für Arbeit könnte Vertreter der Arbeitsloseninitiativen in ihre Entscheidungsgremien aufnehmen, Aufsichtsräte von Automobilkonzernen oder Deutsche Bahn AG sich mit Unterstützung von alternativen Verkehrsclubs in gesellschaftlich orientierte Mobilitätsunternehmen umstrukturieren.

UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

Es wäre notwendig, eine Diskussion über den öffentlichen Charakter von Unternehmen zu führen und diese als öffentliche Institutionen zu begreifen. In diesem Sinn wäre auch auf die alte Idee von Unternehmen übergreifende branchen- und regionalbezogene Wirtschafts- und Sozialräte zurückzukommen. Denn in ihnen könnte über Bedarf, Unternehmensentwicklung, Beschäftigung, Kredit, Innovation gesprochen werden. Sie könnten zerstörerischen Wettbewerb verhindern oder mindern helfen.

Die Gewerkschaften in Deutschland müssen die Frage aufwerfen, ob sie nicht heute Opfer früherer Erfolge sind. Es ist kein Zweifel, im Verhältnis zu einigen der OECD-Staaten ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Deutschland relativ hoch und sind die lohnabhängig Beschäftigten mit Rechten ausgestattet, für die an anderen Orten gekämpft werden muss. Doch gerade das deutsche Erfolgsmodell mit seinem hohen Maß an Verrechtlichung und der dualen Interessenvertretung fesselt auch. Die Betriebsräte sind intermediäre Akteure, die auf das Wohl des Betriebs hin orientiert sind, nicht aber direkt und gestützt auf Kampfmaßnahmen die Interessen der Beschäftigten vertreten können. Das Streikrecht liegt ausschließlich bei den Gewerkschaften, die diese Waffe im Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital aber nur unter sehr spezifischen und eingeschränkten Bedingungen einsetzen dürfen. Das Streikrecht wird nicht als Grundlage der Koalitionsfreiheit verstanden, sondern als abgeleitetes Recht. Längerfristig ist zu überlegen, ob die Lohnabhängigen und die Gewerkschaften ihre Kampfbereitschaft verstärken können, indem sie dafür eintreten, das System der Interessenvertretung zu reorganisieren und auf eine Stärkung des Streikrechts hinzuwirken.

Michael Sommer und, ihm folgend, Gesine Schwan, haben vor möglichen sozialen Unruhen gewarnt. In den Medien und von der Regierung wurde dies als unverantwortliche Zündelei kritisiert, denn es würden Panik verbreitet und Ängste geschürt. Das ist ein magisches Sprachverständnis: allein, weil man von etwas spricht, soll man es schon herbeireden – und deswegen sollte man gar nicht mehr davon sprechen, so als würde das Tabu verhindern, dass die Menschen unzufrieden, wütend und verzweifelt und Protestaktionen nicht unwahrscheinlich sind. Tatsächlich wurde in den letzten Jahren nach diesem Muster herrschende Politik betrieben und die öffentliche Diskussion gehemmt, weil es um Beschwörung und Drohung, nicht um realistische Analyse ging. So auch in diesem Fall: die, die Demonstrationen nicht zur Kenntnis nehmen oder die Zahlen der Teilnehmer herunter reden, reagieren erst, wenn es zu Ausschreitungen und Gewalt kommt – so wie in Italien Silvio Berlusconi die Gesetze zur sog. Schulreform erst dann bereit war, zu verändern, als es die Gewalt auf den Straßen Athens gab. Es ist sachlich überhaupt nicht abwegig zu überlegen, dass sich auch in Deutschland umfangreiche Proteste entwickeln können, es gibt kein Naturgesetz, kein Charaktermerkmal der Deutschen, die dem entgegenstünden. Mehr noch: Es ist wünschenswert und notwendig, dass es zu solchen Protesten in allen gesellschaftlichen Bereichen kommt, dass soziale Bewegungen entstehen, die sich den Nutznießern des finanzdominierten Kapitalismus entgegenstellen. Denn es geht nicht nur um tarifliche Interessen einer einzelnen Branche, sondern um die Entwicklung der Gesellschaft als ganzer. Unter Umständen muss die gesamte Gesellschaft für die Entscheidungsfehler weniger Mitarbeiter von Finanzmarktunternehmen einstehen, mit der Verschuldung des Staates, mit höheren Steuern, mit einer weiteren drastischen Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen, Sozialleistungen oder Renten rechnen – während diejenigen, die die Krise verursacht haben, aufgrund ihrer privaten Kaufkraft solche öffentlichen Dienstleistungen kaum benötigen, aber in jeder Talkshow ihr ‚Bereicherungsmodell‘ anpreisen dürfen. Die Interessen der Menschen, die vielfältig prekariisiert sind: arbeitslos sind oder von Arbeitslosigkeit bedroht werden, die mit Verschuldung rechnen müssen, wenig verdienen, viel arbeiten, deren Möglichkeiten des Krankheitsschutzes, der Bildung, der gesunden Ernährung, der Erholung begrenzt sind, müssen zur Geltung kommen können – und zwar direkt. Wird die Unzufriedenheit nicht in Protesten geäußert, wird die prekäre Lebenslage der Vielen, ihre Unzufriedenheit, das verbreitete Empfinden von Ungerechtigkeit, die Ablehnung herrschender Politik und Skepsis gegenüber der Krisenpolitik nicht Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung, dann besteht die doppelte Gefahr: einerseits, dass diejenigen, die alle Vorteile genießen, glauben, es ginge einfach so weiter. Sie werden versuchen, die Krise auszusitzen und sie zu nutzen, missliebige Konkurrenz zu beseitigen, einige der für ihre eigenen Interessen zu schädlichen Risiken auszuschließen und dann dort weiter zu machen, wo sie vor der Krise aufgehört haben, sich den gesellschaftlichen

UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

Reichtum privat anzueignen. Auf der anderen Seite werden die ohnehin vorhandene Wut, Verzweiflung und Angst nicht abgebaut, sondern noch weiter verstärkt, weil es gar keine Alternative zum Weiter-so, zur Arbeitslosigkeit, zur Verarmung, zur Verschuldung, zum Verzicht zu geben scheint. Es bilden sich Ressentiments, die sich autoritär mobilisieren lassen. Gewerkschaften konnten lange Zeit und erfolgreich auf Gespräch und Verhandlung mit der Arbeitgeberseite setzen. Doch die Entwicklungen in den Unternehmen und zwischen den Verbänden zeigen, dass der Austausch zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vielfach nicht mehr gelingt und die Vorleistungen der Arbeitnehmer von den Unternehmen gern ohne Gegenleistung angeeignet werden. Die Krise seit 2007/2008 bestätigt einmal mehr die Notwendigkeit, dass sich die Gewerkschaften strategisch neu orientieren und ihr Handlungsrepertoire um Aktionsformen des zivilen Ungehorsams erweitern, wie sie seit langem zur Tradition der Arbeiterbewegung gehören.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es zwei Parteien, die erklärtermaßen für das Ziel des demokratischen Sozialismus eintreten, es gibt viele Menschen, die die Idee des Sozialismus positiv sehen. Unterhalb der Erfahrungen mit den bisherigen Realisierungsversuchen wurzelt der Sozialismus tief in den Traditionen der europäischen Aufklärung und ist mit dem Ziel verbunden, die Naturgesetze des Marktes zu brechen und unter die Kontrolle der Menschen zu bringen. Die in den Gewerkschaften verbreitete Ansicht, dass es ihnen gelungen sei, den Herrschaftsanspruch des Privateigentums einzuschränken und die Freiheitsrechte der Beschäftigten auszuweiten, trifft – wie die Wirtschaftskrise zeigt – nicht oder nicht mehr zu. Diese errungenen Freiheitsrechte und die Demokratie sind durch die Dynamik des Kapitalismus immer wieder bedroht. Sie müssen verteidigt werden. Die beste Verteidigung ist, diese Freiheitsrechte substanziell derart zu vertiefen und den Geltungsbereich der demokratischen Institutionen so weit in die Ökonomie hinein auszudehnen, dass jene Mächte und Zwänge nicht mehr entstehen, die die Demokratie gefährden. Es ist wünschenswert, dass auch die Gewerkschaften sich an den Diskussionen über demokratische Alternativen zum Kapitalismus beteiligen und diesen Diskussionen Impulse und Unterstützung geben.

Peter Donath:

Zur Aufarbeitung der Krise

Die IG Metall hat sich in der Frage der Aufarbeitung der Krise und der Benennung von Ursachen und Schuldigen mit dem „Frankfurter Appell“ an die Öffentlichkeit gewandt. Darin heißt es:

Die aktuelle Krise ist nicht allein die Folge von Fehleinschätzungen und Fehlentwicklungen des Marktes oder einer Überhitzung der Finanzmärkte. Sie ist von Grund auf das Ergebnis der Ideologie einer zügellosen Marktwirtschaft. „Mehr Rendite, schnellere Rendite, höhere Rendite“ - das war nicht nur der Schlachtruf der Gierigen in Banken und Börsen. Er wurde schleichend zum überwiegenden Credo des wirtschaftlichen Handelns.

Ob national, auf europäischer Ebene oder im Weltmaßstab: Die grenzenlose Freiheit des Marktes wurde zum Fetisch erklärt, dem sich die demokratischen und emanzipatorischen Interessen der Staatsbürger zu unterwerfen hatten. Die Deregulierung der Märkte, die Privatisierung öffentlichen Eigentums und die Einschränkung von Rechten der Arbeitnehmer dienten einer blinden Anpassung des Menschen an die Bedürfnisse und die Anforderungen des Marktes.

An der Verwurzelung dieser Ideologie des Geldes und der Gier haben nicht nur Banken und Unternehmen mitgewirkt. Die Politik hat sich zu häufig den reinen Marktinteressen untergeordnet und bereitwillig zum Erfüllungsgehilfen der Wirtschaft gemacht. Teile der Wissenschaft haben die Begründungen dafür geliefert, Medien haben diese Ideologie unkritisch propagiert. Mit anderen Worten: Die Krise ist nicht vom Himmel gefallen und sie ist auch kein Naturereignis, sie ist das Ergebnis menschlichen Willens und Handelns.

Jetzt ist entschlossenes Handeln geboten, damit wir die Krise überwinden. Daneben müssen die Ursachen für die Krise öffentlich aufgearbeitet, Roß und Reiter öffentlich benannt werden. Darauf haben die Menschen ein Anrecht. Es gilt, aus den Fehlern zu lernen. Nur so können wir eine zukunftsfähige Gesellschaft gestalten, in der das Wohl aller Menschen im Mittelpunkt steht.

UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

Wir appellieren...

- an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages: Richten Sie einen Untersuchungsausschuss „Finanzmarktkrise“ ein, um Ursachen, Verantwortlichkeiten und Folgen der Krise zu untersuchen, zu dokumentieren und notwendige politische Schlussfolgerungen zu ziehen.
- an die Vorstände der Banken: Entschuldigen Sie sich öffentlich bei den Menschen für Ihr Handeln und wirken Sie mit an der demokratischen Regulierung der Finanzmärkte und stellen Sie die Finanzierung der Unternehmen sicher.
- an die Vorstände der Unternehmen: Ziehen Sie die Lehren aus der gefährlichen Shareholder-Orientierung und richten Sie Ihre Unternehmensstrategien auf langfristige Ziele unter Wahrung nachhaltiger, sozialer und ökologischer Kriterien und auf die Sicherung von Arbeitsplätzen aus.
- an die Arbeitgeberverbände: Beenden Sie endlich die Manipulationsfabrik „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, mit der Sie die gescheiterten Konzepte des Neoliberalismus verbreitet haben.
- an die Journalisten und Publizisten: Arbeiten Sie Ihren Teil der Verantwortung für die Entwicklung der letzten Jahre auf. Übernehmen Sie Verantwortung und berichten Sie kritisch über die Interessen der öffentlichen Akteure.
- an die Wissenschaftler: Entwickeln Sie einen Verhaltens- und Transparenzkodex, um die öffentliche und private Finanzierung der Forschung offenzulegen und die wissenschaftliche Unabhängigkeit sicher zu stellen.

Humane weltweite Steuerung kapitalistischer Marktprozesse

Wir brauchen wieder den Vorrang der Politik. Die These, dass die Entfesselung der Märkte letztendlich allen nützt, weil sie allgemeine „Wohlstandsschübe“ auslöst, ist bitter widerlegt.

Ausgangspunkt waren die Exzesse an den Finanzmärkten.

Die Finanzmärkte haben sich in den letzten zehn Jahren zum Spielkasino entwickelt. Es gibt eine Menge von Finanzaktivitäten, die keinerlei gesellschaftliche Rendite bringen. Alle möglichen Kreditderivate – Credit Default Swaps oder die meisten Verbriefungen – haben nichts mehr mit Risikostreuung oder Versicherung gegen Risiken zu tun. Sie sind einfach nur Wetten und Spekulation.

Banken, Kreditversicherer, Hedge Fonds, Investmentfonds, es sind viele Spieler am Roulettetisch versammelt. Deshalb kann man nur das ganze Casino schließen!

Das spekulative Element der Finanzmärkte zu reduzieren und sie wieder zum Diener der Realökonomie werden lassen – das ist der Maßstab, den wir an die Regulierung der Finanzmärkte anlegen müssen – und wir müssen sie regulieren.

In der nationalen und internationalen Diskussion gibt es Fortschritte. Das G 20-Treffen von London hat bessere Ergebnisse als vielfach erwartet gebracht.

Besonders hervorzuheben ist, dass die G20-Staatschefs ihre Entscheidungen nicht allein - wie noch im November - auf die Finanzmarktreform beschränkt haben. Bereits im Vorfeld des Gipfels haben die Gewerkschaften - auf nationaler und auf internationaler Ebene - deutlich auf die hohen Beschäftigungsrisiken der Krise hingewiesen. Das hat Wirkung gezeigt. Arbeits- und Sozialthemen wurden bei diesem Gipfel zum ersten Mal auf einer internationalen Regierungsaagenda berücksichtigt. Wachstum und Beschäftigung wieder herzustellen wird als ein Hauptziel der G20 benannt. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) wird an den

UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

Folgearbeiten der G20 beteiligt. Sie soll die Auswirkungen der beschlossenen Maßnahmen auf die Beschäftigung bewerten. Das ist ein Riesenschritt im Vergleich zur bisherigen Ausgrenzung von Arbeitnehmerbelangen. Die G20 bekannten sich zur Förderung nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung und riefen auch dazu auf, auf der UN-Klimakonferenz im Dezember verbindliche Klimaziele zu verabschieden.

Ein konkreter Erfolg des Gipfels ist weiter, dass insgesamt 1,1 Milliarden Dollar für die Wiederbelebung des Welthandels und insbesondere als Hilfe für Entwicklungs- und Schwellenländern in die Hand genommen werden sollen. Für die Bevölkerung dort ist die Wirtschaftskrise noch verheerender als für die Menschen in den Industrieländern, weil sie keine eigenen finanziellen Ressourcen haben, um die Krise mit Konjunkturprogrammen abzufedern. 2009 könnte die Krise dort weitere 100 Millionen Menschen in die Armut stürzen. Die Mittel werden weitestgehend über den IWF und die Weltbank bereitgestellt. Die nächste Runde der Quoten- und Stimmrechtsreform des IWF soll bis Ende 2010 Entwicklungs- und Schwellenländern mehr Einfluss gewähren, so dass eine Demokratisierung des IWF immer näher rückt.

Es gibt darüber hinaus beachtliche Bewegung in Bezug auf die international erforderliche Regulierung der Finanzmärkte (mit Licht, aber auch noch mit Schatten). Aber auch die verabredete Sanktion für Steueroasen ist ein wichtiger Fortschritt (wenngleich auch nur ein Anfang).

National konzentriert sich die IG Metall auf die Forderung zur Ausweitung von Mitbestimmungsrechten im Betriebsverfassungs- und Unternehmensrechtsbereich.

Der bisherige Vorrang der Shareholderorientierung der Unternehmen ist durch ein Leitbild der sozialen und nachhaltigen Unternehmensentwicklung zu ersetzen. Die aktuelle Krise zeigt deutlich, dass die derzeitige kapitalistische Entwicklung in einen demokratisch gesteuerten Entwicklungspfad überführt werden muss. Unternehmen müssen sich dem Vorrang demokratisch legitimer Politik unterordnen und Aktionärs- und Gesellschafterinteressen dürfen künftig keinen Vorrang mehr vor den Interessen der Beschäftigten und dem Gemeinwohl haben.

Die IG Metall fordert deshalb eine Änderung des Aktienrechts, um Vorstand und Aufsichtsrat nicht nur dem „Wohl des Unternehmens“ zu verpflichten, sondern auch dem Wohl der Arbeitnehmer und der Allgemeinheit.

Die IG Metall fordert eine Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung. Sie soll für alle Unternehmen unabhängig von ihrer jeweiligen Rechtsform ab 1000 Beschäftigten gelten. Für alle Unternehmen mit 200 bis 1000 Beschäftigten soll unabhängig von ihrer Rechtsform eine drittelparitätische Mitbestimmung eingeführt werden. Die Mitbestimmung muss auch für ausländische Firmen gelten, wenn sie in Deutschland tätig sind und die übrigen Voraussetzungen des Mitbestimmungsgesetzes erfüllen.

Ein Arbeitsdirektor sollte grundsätzlich nicht gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat bestellt werden. Im Aktienrecht ist ein verpflichtender Katalog von „zustimmungspflichtigen Geschäften“ aufzunehmen. Wichtige Entscheidungen, z. B. über Betriebsschließungen, Standortverlagerungen und Massenentlassungen müssen künftig einer Zweidrittel-Mehrheit im Aufsichtsrat bedürfen.

Die IG Metall fordert eine Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung. Dazu sollen die Betriebsräte ein eigenständiges Recht auf Erstellung eines einigungsstellenfähigen Sanierungs- und Restrukturierungskonzepts mit externer Beratung erhalten. Die Mitbestimmung von Betriebsräten bei Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung, bei Betriebsänderungen (Umorganisation, Produktionsverlagerungen, Beschäftigungsabbau) ist zu erweitern und durch ein zwingendes Mitbestimmungsrecht beim Interessenausgleich zu stärken. Die Widerspruchsgründe bei Kündigungen z. B. bei Entlassungen trotz „schwarzer Zahlen“ sind zu erweitern. Maßnahmen der Beschäftigungssicherung, z. B. eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft, muss als Teil des Sozialplanes vom Betriebsrat durchgesetzt werden können.

UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

Betriebsräte müssen über den Einsatz von Leiharbeitnehmern mitbestimmen können.

Die IG Metall fordert die Ausrichtung von Vorstandsvergütungen an nachhaltigen Unternehmenszielen. Dies bedeutet die Reduzierung variabler Vergütungsbestandteile und Vergütungskürzungen bei Verlusten. Vorstände sollen für ihr Fehlverhalten haften. Die steuerliche Abzugsfähigkeit als Betriebsausgaben ist zu begrenzen.

IG Metall-Mitglieder in Aufsichtsräten werden in den nächsten Wochen die Auswüchse bei Vorstandsvergütungen thematisieren und auf Korrekturen drängen.

Frithjof Bergmann:

Die Entwicklung einer „Grund-Wirtschaft“ unterstützen. Werde versuchen, diese Antworten zu erläutern.